

Schweiz–EU

Brüssels Gravitationskraft

Warum die EU eine engere Mitarbeit der Schweiz begrüsst

von Thomas Scherr*

Über viele Jahrzehnte hinweg gelang es, unser Land aus existenziellen Gefährdungen herauszuhalten – nicht nur aus dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Nun scheint die Schweiz verstärkt in das Gravitationsfeld einer zunehmend kriegslüsteren und geldgierigen EU zu geraten.

Parallel dazu rauschen Politik und Medien im Land mit ausgeschaltetem Navi orientierungslos durch den undeklarierten, europaweit gleichgeschalteten medialen Meinungs- und Gefühlstepich. Wer kennt schon die seit Mitte der 2010er arbeitenden Institute «East StratCom Task Force», «Strategic Communications Centre of Excellence» oder «Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence»? Besser bekannt ist die Meinungszensur über den EU-«Digital Services Act». Was bedeutet das für die Schweiz und ihre Bevölkerung?

Im Gravitationsfeld der EU

Ohne sichtbaren Zwang schloss sich der Schweizer Bundesrat am 28. Februar 2022 den einseitigen Zwangsmassnahmen der EU gegen Russland an. Damit beschädigte er die Neutralität des Landes schwer. Die direkten äusseren Folgen: das internationale Genf gilt nur noch als Verhandlungsort zweiter Wahl, das Vertrauen in die Schweiz als Finanzplatz ist schwer ramponiert, als Depositarstaat für das *Internationale Rote Kreuz* wird die Schweiz immer fragwürdiger und das Land wird noch enger an die EU gedrängt.

«Küsschen, Küsschen» mit Uschi

Der Bundesrat hat in wenigen Minuten zerstört, was umsichtig über viele Jahrzehnte aufgebaut worden war. Orchestriert wurde diese Annäherung an Brüssel von dem lauen Verhandlungsgeschick Berns und den Kantonsregierungen in den Jahren zuvor – offensichtlich winken Annehmlichkeiten aus EU-Ländern, oder zum Beispiel Pöstchen im Europarat. Im Dezember 2024 fand

diese Entwicklung mit dem «Küsschen-Küsschen»-Fotoshooting von Bundesrätin *Viola Amherd* mit der EU-Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* (UvdL) den peinlichen Höhepunkt.

Die aktuellen Forderungen der EU versucht man hierzulande als eigene Verhandlungserfolge zu verkaufen. Falls es jemals so weit kommt, wird uns der Verlust an persönlichen Rechten als eine «kleine rechtliche Anpassung an die EU» verkauft werden.

Offiziell «neutral»

In der Schweizer Armee drückt sich die Anpassung nach Aussen am deutlichsten aus. Die Armee wirkt wie eine vom Ausland aufgekaufte Geschäftsfirma, die nur mehr Waren einkauft, die sie nicht wirklich braucht. Gleichzeitig verkommt das Kerngeschäft – die Landesverteidigung. Bestes Beispiel sind 36 überteuerte Kampffräger, deren Turbinen kurz nach dem Kauf auf eigene Kosten erneuert werden müssen und die nicht unabhängig vom Hersteller gesteuert werden können. Ein wirklich schlechtes Geschäft – neben mehreren anderen. So schlecht, dass man sich überhaupt fragen muss, wie es wirklich dazu kam.

Inzwischen ist unsere Armee verteidigungsunfähig, dafür aber weitgehend Nato-kompatibel. Man bleibt aber offiziell «neutral» ...

Im Zuge der Annäherung an die Politik der EU verkümmert der international hoch geschätzte diplomatische Dienst der Eidgenossenschaft mit seinem über Jahrzehnte erworbenen Know-how. «Gute Dienste» und diplomatische Hilfestellungen auf internationalem Parkett können, wenn es so weitergeht, bald der Geschichte angehören.

Offiziell noch «gut»

Auch das Schweizer Bildungssystem ist Anschluss-tauglich: vor wenigen Jahrzehnten stach es weltweit noch durch Leistung und Effizienz hervor. Inzwischen ist es auf ein peinliches Niveau gesunken, dank Anpassungen an internationale Standards wie *Pisa* und *Bologna*. Offiziell «gut» schneidet das Land nur deshalb ab, weil die

* *Thomas Scherr* arbeitet als unabhängiger Autor für den «Schweizer Standpunkt».

anderen noch viel, viel schlechter geworden sind. Für ein rohstoffarmes Land wie die Schweiz, das vom Können und den Fähigkeiten seiner Bewohner leben muss, ist das tragisch.

Eine «famose» Strategie

Nun schickt sich die «Classe politique» an, das Land an eine sich selbst ruinierende EU zu koppeln. Anstatt sich aus von unwirksamen einseitigen Zwangsmassnahmen gegenüber Russland zu verabschieden und den Handel mit Osteuropa wieder in eigene Hände zu nehmen, schießt der Bundesrat ein weiteres Eigentor und macht bei der 16. Sanktionsrunde der EU gegen Russland mit. – Was für eine «famose» Strategie, sie könnte direkt aus Brüssel selbst kommen.

Aktuell will die Brüsseler Zentrale über ihre Mitgliedstaaten gigantische 800 (!) Milliarden Euro zusätzliche Schulden machen, um «wehrfähig gegen Russland» zu werden. (Unser nördlicher Nachbar hebt parallel seine Schuldenbremse aus. Für Aufrüstung gibt es keine Obergrenzen mehr – alles «Sondervermögen»). Die notwendige Kriegsstimmung wird über *Cognitive Warfare* der NATO wie «East StratCom Task Force» & Co im Hintergrund geliefert. Sie liefern in nur wenigen Wochen eine mentale Wende in den Medien, die zuvor undenkbar war. Alles wird fraglos übernommen. Kein Gedanke daran, dass kommende Generationen gigantische Schuldenberge für Tod, Elend und Ruinen werden abzahlen müssen!

Und – wer wird wohl an diesen Geschäften sagenhaft gut verdienen?

EU will Privatvermögen ihrer Bürger

Derzeit reisst Brüssel soviel Macht an sich wie lange nicht mehr und übergeht dabei alle Einwände. Die «Europäische Union» entwickelt sich

mehr und mehr zu einem Moloch, der Bürgerrechte missachtet und mit Zentralbankgeld seine Bürger komplett abhängig machen will. Auf 2030 wird für den Krieg gerüstet, ohne Mitsprache der Mitgliedsländer und deren Bevölkerungen.

Ohne rot zu werden, weisen EU-Kommissionspräsidentin UvdL und *Friedrich Merz* bei der geplanten Verschuldungsorgie darauf hin, zusätzlich zu den geplanten Schulden auch noch auf die Privatvermögen (!) ihrer Bürger zugreifen zu wollen.

Welche Rolle hat Brüssel für die Schweiz vorgesehen? Als stummer Zahlmeister?

Strategie des Unterganges

Fassen wir zusammen: Die aktuelle EU-Politik führt dazu, dass der zukünftige Handel mit Russland und der Ukraine vollständig an die USA und die BRICS-Staaten gehen wird und die EU sich selbst als Handelspartner ins Abseits katapultiert. Über eine gigantische Neuverschuldung beschafft sich die EU weiter überbeuerte US-amerikanische Waffen und dies, um einen Krieg zu führen, der nur zu verlieren ist.

Die Folgen: Die Schweiz, – orientierungslos und zunehmend EU-hörig –, verabschiedet sich freiwillig aus dem kommenden Geschäft mit Osteuropa. Über Schleichwege wird sie EU-Schulden übernehmen und im dümmsten Fall wird sie eingeladen, ihre überbeuerten F-35 für die EU zu verheizen – völlig «neutral» natürlich. Eine wahrhaft «famose» Strategie, um das Land zu ruinieren.

«Wenn der Alpenfirn sich rötet, betet, freie Schweizer, betet!».

* * *

Wie ein «Turnaround» in der Politik funktionieren könnte, wird uns zurzeit jenseits des Atlantiks demonstriert. So schwer kann es also nicht sein ...